



Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias SPD**

Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 5: Gesamteuropäisches Einwanderungs- und Integrationskonzept erarbeiten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen,

1. dass bis spätestens 2020 ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept „Migration, Mobilität und Integration“ erarbeitet wird, mit dem sowohl dauerhafte als auch temporäre Zuwanderung auf Basis eines fairen Interessenausgleichs gesteuert wird;
2. dass hierbei die Möglichkeiten legaler Einreise und Arbeitssuche in der Europäischen Union über die bereits bestehenden Instrumente und Richtlinien wie z.B. Bluecard oder Saisonarbeiterrichtlinie hinaus quantitativ und qualitativ deutlich ausgebaut und verbessert werden;
3. dass in den im Rahmen des europäischen „Gesamtansatzes Migration und Mobilität“ (GAMM) geschlossenen „Mobilitätspartnerschaften“ mit Drittstaaten ausgebaut und dabei mehr Wert auf Migrationserleichterungen gelegt wird als auf Grenzschutz oder Rückübernahmevereinbarungen;
4. dass Arbeitsinteressenten bereits im Heimatland unbürokratisch Einreise- und Arbeitsanträge stellen können und die Vergabe von Visa erleichtert wird;

5. dass die unterschiedlichen Arbeitsmarkt- und Qualifikationsbedarfe in den einzelnen Mitgliedstaaten ermittelt, auf dieser Basis nationale und regionale Einwanderungsprofile erstellt und mit den innereuropäischen Wanderungsbewegungen abgeglichen werden;
6. dass arbeitswilligen und hochmotivierten Immigranten der Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt durch die Beseitigung bürokratischer und anderer Barrieren sowie durch Nach- und Zusatzqualifikationen erleichtert wird;
7. dass eine aufeinander abgestimmte europäische Einwanderungsstrategie durch eine gemeinsame Integrationsstrategie für außer- und innereuropäische Migranten ergänzt wird, die den interkulturellen Dialog und den sozialen Zusammenhalt in Europa stärkt;
8. dass diese Strategie im Einklang steht mit den 2004 verabschiedeten „Gemeinsamen Grundprinzipien für Integration“.

Begründung:

Im „Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl“ wird ebenso wie in der Mitteilung der Kommission über „Eine gemeinsame Einwanderungspolitik für Europa“ und anderen Dokumenten das positive Potenzial der Einwanderung für Wachstum und Wohlstand in Europa betont. Vor allem, um den demografischen Wandel abzufedern und langfristig ausreichend Arbeits- und Fachkräfte zur Verfügung zu stellen. In der Praxis überwiegen jedoch nach wie vor Abwehr und Abschottung. Wer in Europa arbeiten will, muss entweder hohe bürokratische Hürden überwinden (legal) oder es illegal versuchen und dabei nicht selten sein Leben riskieren. Das ist weder moralisch vertretbar noch ökonomisch sinnvoll. Europa braucht legale und damit sichere Wege für arbeitssuchende Zu- bzw. Einwanderer. Anstatt Migration pauschal zu kriminalisieren, die Grenzen abzuschotten, Schlepperbanden zu fördern und Menschenleben zu riskieren, sollte sich Europa zu einem pluralistischen Einwanderungskontinent wie Kanada oder die USA entwickeln, zumal es in einem offenen Europa ohne Binnengrenzen gar nicht mehr möglich ist, die wachsenden Migrationsströme im Alleingang zu steuern. Und weil Integration der Schlüssel für eine erfolgreiche Immigration ist, muss die gemeinsame europäische Einwanderungsstrategie von einer effizienten Eingliederungsstrategie ergänzt werden, um Chancengleichheit zu gewährleisten, Diskriminierung zu verhindern und den sozialen Zusammenhalt in Europa und den Mitgliedsländern zu fördern.